



**„Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen:
psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im
Bildungsbereich stärken!“**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/628

**Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung, des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ausschusses für Familie,
Kinder und Jugend
am 15. November 2022**

**Stellungnahme von Prof. Dr. Silvia Schneider (Forschungs- und
Behandlungszentrum für psychische Gesundheit, Ruhr-Universität
Bochum)**

Fast jedes 4. Kind (22%) leidet an einer psychischen Störung im Laufe eines Jahres. Dieser Wert liegt nur knapp unter der Jahresprävalenz für Erwachsene (28%).

Studien zeigen, dass Kindheit und Jugend die Hauptrisikophase für die Entstehung von psychischen Störungen sind – 50% aller psychischen Störungen treten bereits vor dem 14. Lebensjahr auf. Die häufigsten psychischen Störungen des Kindes- und Jugendalters sind Angststörungen, depressive und hyperkinetische Störungen (Überaktivität) sowie dissoziale Störungen (dauerhaft oppositionelles und aggressives Verhalten). Sie wirken sich massiv auf die Lebensqualität der betroffenen Kinder und Jugendlichen und die ihres unmittelbaren sozialen Umfeldes aus. Werden sie nicht adäquat und frühzeitig behandelt, sind sie oft Schrittmacher für psychische Störungen im Erwachsenenalter. Vor diesem Hintergrund ist es umso dringender geboten, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gesellschaftlich, politisch und wissenschaftlich stärker in den Blick zu nehmen, präventive Maßnahmen und Konzepte auszubauen, wirksame Behandlungen stärker zu nutzen und zu verbessern sowie ungleiche Zugangschancen zum Versorgungssystem abzubauen.

Untersuchungen wie die COPSY-Studie zeigen, dass sich die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland in den

zurückliegenden zwei Jahren aufgrund der andauernden Covid19-Pandemie zusätzlich verschlechtert hat. Schul- und Kitaschließungen, eingeschränkte soziale Kontaktmöglichkeiten sowie eine durch die Pandemie erzeugte hohe Stressbelastung stellen Familien derzeit vor große Herausforderungen und wirken sich auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus. Durch den Anstieg der Jahresprävalenzen für psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen und der damit einhergehenden stärkeren Inanspruchnahme des Versorgungssystems (stationäre und Notfall-Aufnahmen nehmen signifikant zu) gerät das ohnehin schon nicht ausreichende Versorgungssystem zunehmend unter Druck bzw. an seine Grenzen. So haben sich etwa seit Pandemiebeginn die Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz verdoppelt.

Es ist zwingend erforderlich dieser Entwicklung unmittelbar zu begegnen und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu adressieren und zu stärken. Psychologische/psychosoziale Beratung, psychotherapeutische und psychiatrische Unterstützungen müssen schneller, besser und nachhaltiger verfügbar sein als es aktuell der Fall ist, und zwar unabhängig von Wohnort oder sozioökonomischen Status des Kindes oder Jugendlichen. Um dieses Ziel zu erreichen, empfehle ich die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Schule als wichtiger Sozialraum für Kinder und Jugendlichen muss in der Umsetzung niedrigschwelliger schulpsychologischer bzw. psychosozialer Unterstützungsangebote gestärkt werden. Dementsprechend sind alle legislativen Initiativen eine flächendeckende Schulsozialarbeit und -psychologie an und für nordrhein-westfälische Schulen zu installieren und diese dauerhaft zu finanzieren, zu begrüßen.
- Die Schulsozialarbeit und Schulpsychologie muss eng mit dem Versorgungssystem und den darin tätigen Akteuren vernetzt werden. Nur durch eine passgenaue Vermittlung an psychosoziale Beratungsstellen und psychotherapeutische Hilfsangebote kann betroffenen Kindern, Jugendlichen und Familien schnell geholfen werden.
- Schulsozialarbeiter*innen und -psycholog*innen, Gesundheitsfachkräfte, die an Schulen tätig sind, sowie Lehrer*innen benötigen kontinuierliche und qualitativ hochwertige Fortbildungen zum Thema psychische Gesundheit, um Früherkennung und niederschwellige evidenzbasierte Angebote für Schüler*innen durchführen zu können.

- Anti-Stigma-Kampagnen, die über psychische Störungen und ihre Behandlungsmöglichkeiten informieren, sind an Schulen und darüber hinaus NRW weit zu installieren, um Barrieren für das Aufsuchen von Hilfsangeboten zu reduzieren.
- Den Versorgungsengpässen in der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche muss ein zeitnaher und nachhaltiger Ausbau von Therapieplätzen entgegengesetzt werden. Nur eine ausreichende ambulante Versorgung verhindert unnötige und kostenintensive stationäre Behandlungen.
- Die Auswahl aller Maßnahmen erfolgt auf der Basis ihrer wissenschaftlichen Fundierung. Qualitätssicherungskonzepte und Benchmarking Prozesse werden von Beginn an konsequent für alle Maßnahmen umgesetzt.

Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Psychologie
Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit (FBZ)
Prof. Dr. Silvia Schneider
Bochumer Fenster
Massenbergstr. 9-13
44787 Bochum, Deutschland
Tel.: +49 234 32 23168
Fax: +49 234 32 14435
E-Mail: silvia.schneider@rub.de
www.fbz-bochum.de